

# Ein kategorisches Nein

Der Mouvement écologique sorgt sich um die Wasser- und die Energieversorgung im Land

Von Marlene Brey

Am Mittwoch hatte Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) in der Abgeordnetenversammlung auf eine parlamentarische Frage zur potenziellen Ansiedlung von Google in Luxemburg Stellung bezogen. Dabei deutete der Minister an, dass Google auch aufgrund der juristischen Schritte des Mouvement écologique (Mouvéco) sein Projekt in Luxemburg strategisch überdenken würde. Dazu veröffentlichte der Mouvéco gestern eine Stellungnahme und hält an seiner Kritik fest.

## Die Kritiker

Der Mouvéco hatte die punktuelle Änderung des allgemeinen Bebauungsplans (PAG) der Gemeinde Bissen für das Datacenter vor dem Verwaltungsgericht angefochten und war gescheitert. Das würde aber nichts an den Problemen ändern, die das Projekt mit sich bringe, so der Mouvéco. Die NGO wende sich weiterhin kategorisch gegen die Ansiedlung.

Die Wasserversorgung des Projektes bleibe ungeklärt. Diese könne fünf bis zehn Prozent des gesamten nationalen Verbrauches darstellen. Google habe diesbezüg-



Der Mouvement écologique richtet sich kategorisch gegen die Ansiedlung von Google. Foto: AFP

lichen keine Zahlen vorgelegt. Die Grundwasserreserven Luxemburgs seien nicht ausreichend.

Selbst das Umweltministerium habe hervorgehoben, dass Luxemburg in einigen Jahren Probleme mit der Trinkwasserversorgung haben werde. „Angesichts dieser Tatsachen wäre es sträflich, einer Firma einen derart hohen Wasserverbrauch zuzugestehen. Wie bitte soll dann in den Sommermonaten die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung sichergestellt

werden?“, so der Mouvéco.

Auch die Energieversorgung bleibt ein Thema. Der Ukrainekrieg habe vor Augen geführt, wie fragil die Energieversorgung sein könne. Auch in diesem Bereich legt Google keine Daten offen. Dann sei da noch die Besteuerung, Weltweit und in der eigenen Bevölkerung nehme die Sensibilität für diese Problematik zu.

Der Mouvéco bleibe bei der Überzeugung, dass es angesichts der Klima- und der Biodiversitäts-

krise eine gezielte Ansiedlungspolitik von Betrieben in Luxemburg geben müsse. „Ja zur Ansiedlung neuer Betriebe, aber von Betrieben, die festgelegten Umwelt-, Klima- und sozialen Bestimmungen gerecht werden und einen realen Mehrwert darstellen“, so die NGO, die ihre Forderung eines rechtsverbindlichen Nachhaltigkeitschecks wiederholte.

Der Wirtschaftsminister betonte derweil am Mittwoch, dass das Projekt nach wie vor wichtig für die Regierung sei und zur Digitalisierungsstrategie passe. Er befürchtete aber eine „neue strategische Ausrichtung“ von Google.

Auf Anfrage des „Luxemburger Wort“, wie der aktuelle Stand zur Planung des Datacenters in Bissen aussehe, wollte sich der Sprecher von Google Belgien/Luxemburg nicht äußern.

- Wie soll die Trinkwasserversorgung sichergestellt werden?

Mouvement écologique